

Brasilien – Opfer seines Erfolges

Mit der Fussball-WM sollte das brasilianische Erfolgsmodell zelebriert werden. Nun droht sie von Protesten überschattet zu werden. Diese sind auch eine Folge des raschen sozialen Wandels. Von Werner J. Marti

Brasilien beherbergt innerhalb von nur zwei Jahren die beiden wichtigsten Sportanlässe der Welt. Am 12. Juni wird in São Paulo die Fussball-Weltmeisterschaft angepfeifen, im August 2016 finden in Rio de Janeiro die Olympischen Sommerspiele statt. Dies ist selbstverständlich kein Zufall, sondern entspricht einer bewussten Strategie der Regierung. Sie möchte damit die weltweite Aufmerksamkeit auf den wirtschaftlichen und politischen Aufstieg des Landes in den letzten zwei Jahrzehnten lenken. Die Fussball-WM und die Olympischen Spiele sollen dieser Entwicklung die Krone aufsetzen.

Eindrücklicher sozialer Wandel

Brasilien hat in den letzten zwanzig Jahren in der Tat eine bemerkenswerte Aufwärtsentwicklung erlebt. Seit es Fernando Henrique Cardoso Mitte der neunziger Jahre gelang, die notorisch inflationäre brasilianische Währung zu stabilisieren, ist das fünftgrösste Land der Welt mit inzwischen rund 200 Millionen Einwohnern zur siebtgrössten Wirtschaftsmacht aufgestiegen. Einige brasilianische Konzerne wie Embraer, Vale oder Petrobras gehören heute international zu den führenden Akteuren in ihrer Branche. Brasilien verdankt das stetige Wachstum unter anderem der Tatsache, dass es gelungen ist, die Unterstützung aller massgeblichen politischen Kräfte für das wirtschaftliche Entwicklungsmodell zu erhalten. Dies sorgte für Stabilität in der Wirtschaftspolitik, ganz im Gegensatz etwa zu Argentinien, das zwischen Extremen hin- und hergerissen wird. Erstmals kam das Wirtschaftswachstum in Brasilien mehrheitlich den unteren statt den oberen Einkommenschichten zugute. In den letzten zehn Jahren gelang es so knapp 30 Millionen Einwohnern, der Armut zu entkommen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung gehört inzwischen zur unteren Mittelschicht. Auch politisch tritt Brasilien zunehmend selbstbewusster auf. In der Region hat das Land eine Vormachtstellung erreicht. Seine wirtschaftliche Macht und die von ihm massgeblich vorangetriebene Unasur (Union der südamerikanischen Nationen) dienen ihm dazu, auf das Geschehen in der Region Einfluss zu nehmen. Weltweit lässt es seine Stimme etwa in der Gruppe der Bric-Staaten ertönen, zusammen mit den anderen grossen Schwellenländern Russland, Indien und China.

Angesichts des Booms der letzten Jahre waren viele Beobachter überrascht, als im vergangenen Juni plötzlich massive Strassenproteste gegen die Regierung ausbrachen. Anlass war ursprünglich die Forderung nach Senkung der Fahrpreise im öffentlichen Verkehr, doch bald verwandelte sich der Protest in einen Ausdruck genereller Unzufriedenheit über die ungenügenden öffentlichen Dienstleistungen sowie die grassierende Korruption und Geldverschleuderung auf Regierungsebene. Die Protestwelle hielt mehrere Wochen an. Sie betraf rund achtzig Städte und brachte bis zu einer Million Menschen auf die Strasse. Präsidentin Dilma Rousseff erkannte, dass sie auf die Forderungen eingehen musste. Sie versprach Anstrengungen, um die öffentlichen Dienste zu verbessern und härter gegen die Korruption vorzugehen.

Unter Rousseff, die sich im Oktober zur Wiederwahl stellen muss, ist der Wirtschaftsaufschwung ins Stocken geraten. Das Durchschnittswachstum hat sich halbiert. Die beiden Triebkräfte des Booms, der interne Konsum und die Rohstoff-

Exporte, sind beide ins Schlingern geraten. Der kreditgestützte Konsumrausch der neuen Mittelklasse hat sein Limit erreicht, und die hohen Rohstoffpreise sind tendenziell wieder im Sinken begriffen. Die durch protektionistische Massnahmen geschützte Industrie andererseits ist zu wenig effizient, als dass sie den Rückgang in diesen beiden Bereichen ausgleichen könnte. Die wirtschaftliche Situation ist allerdings zurzeit keineswegs so schlecht, dass sie allein die plötzlichen Massenproteste erklären könnte. Diese scheinen vielmehr mit den sozialen Umschichtungen der letzten Jahre zusammenzuhängen, welche das gesellschaftliche Gefüge gleich in zweierlei Hinsicht destabilisieren. Einerseits fühlt sich die traditionelle Mittelklasse von den Neuankömmlingen bedroht, die zu Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt werden. In den Grossstädten bewirken die zunehmend überfüllten Strassen und öffentlichen Verkehrsmittel ein Gefühl von «Dichtstress». Wegen des Ausbaus der staatlichen Dienstleistungen für die Aufsteiger müssen finanzielle Mittel umgeleitet werden, die bisher der traditionellen Mittelklasse zugutekamen. Andererseits verlangen die Aufsteiger vom Staat Dienstleistungen wie Schulen und medizinische Versorgung, die ihrem neuen Status entsprechen, und setzen ihn unter Druck. Die Proteste sind ein Ausdruck dieser Veränderungen.

Angekratzte Stabilität

Die Bedeutung des Zusammenhangs zwischen Entwicklung und Stabilität haben bereits die Gründer der brasilianischen Republik Ende des 19. Jahrhunderts erkannt. Bis heute prangt deshalb das positivistische Motto «Ordem e Progresso» (Ordnung und Fortschritt) des französischen Philosophen Auguste Comte auf der Landesflagge. Der Historiker Rüdiger Zoller macht in seiner Geschichte Brasiliens seit der Unabhängigkeit geltend, dass die politische Elite des Landes bisher immer die nötigen Machtmittel bereithielt, um die Folgen des Fortschritts oder die Gefahr von zu viel Gleichheit unter Kontrolle zu halten. Ob diese Aussage für die Zukunft immer noch gilt, muss sich weisen. Seit den grossen, landesweiten Unruhen vom vergangenen Juni ist Brasilien jedenfalls nicht zur gewohnten früheren Ruhe zurückgekehrt. Immer wieder sind kleinere Proteste aufgeflammt – gegen hohe WM-Ausgaben und Korruption, für bessere Infrastruktur, für billigere Bustarife, gegen Polizeigewalt in den Armenvierteln, für höhere Löhne der Polizisten. Wenn auch die jüngsten Proteste die Intensität vom vergangenen Juni nicht mehr erreichten, scheint jene Erfahrung doch wie ein Dambruch gewirkt zu haben. Waren solche Proteste bisher in Brasilien eine Ausnahme, so sind sie inzwischen fast Normalität. Neue Kommunikationsformen wie Facebook und Twitter erleichtern es den Unzufriedenen, Demonstrationen zu organisieren und eine Massenbewegung zu formen.

Wieweit aber die Fussball-Weltmeisterschaften durch sozialen Aufruhr gestört werden, dürfte nicht zuletzt auch von der Leistung der brasilianischen Nationalelf abhängen. Wenn es die Seleção mindestens in den Halbfinal schafft, könnte das Fussballfest den sozialen Unmut bald übertönen. Sollten die Brasilianer jedoch frühzeitig aus dem Turnier ausscheiden, wäre Dilma Rousseff mit einer doppelten Unzufriedenheit in der Bevölkerung konfrontiert.